

Regierungsratsbeschluss

vom 11. Januar 2022

Nr. 2022/26

KR.Nr. SGB 0206/2021 **PB 3**

Legislativplan 2021 - 2025 und Vollzugskontrolle zum Legislativplan 2017 - 2021 Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Fraktion Grüne vom 5. Dezember 2021 (BJD03)

1. Antragstext

Die Fraktion Grüne beantragt folgenden Planungsbeschluss:

B.2.1.5 (neu) Klimaneutrale Verwaltung

Bis 2030 wird die Verwaltung des Kantons Solothurn klimaneutral. In dieser Legislatur werden diesbezügliche konkrete Massnahmen geplant und umgesetzt.

2. Begründung

Das Klima ist einer der drei erklärten Schwerpunkte des Legislativplans 2021 - 2025 des Regierungsrates. Ein ambitioniertes Ziel in dem direkt von der Regierung beeinflussbaren Bereich der kantonalen Verwaltung ist daher angezeigt. Der Kanton Solothurn nimmt so im Einsatz gegen den Klimawandel eine aktive Rolle als wegweisender, klimaschonender Akteur wahr und ist sich seiner Vorbildfunktion bewusst.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Gestützt auf einen Auftrag des Kantonsrates erarbeitet der Regierungsrat, unter der Federführung des Amtes für Umwelt, derzeit einen Massnahmenplan Klimaschutz. Dieser soll dem Kantonsrat im Verlauf des Jahres 2022 unterbreitet werden. Parallel dazu wird unter der Leitung des Amtes für Wirtschaft und Arbeit das kantonale Energiekonzept überarbeitet.

Beiden Konzepten liegen die Zielsetzungen der Klimastrategie des Bundes bzw. des Pariser Klimaübereinkommens zu Grunde, wonach bis im Jahr 2050 Netto keine Treibhausgase mehr ausgestossen werden. Dabei bezieht sich das Netto-Null-Ziel üblicherweise auf die durch die Tätigkeiten innerhalb des jeweiligen Territoriums verursachten direkten Treibhausgasemissionen (sog. Scope 1 und 2). Indirekte Treibhausgasemissionen (z.B. Emissionen bei der Herstellung und Entsorgung von eingesetzten Konsumgütern oder Baustoffen, Scope 3) sind durch geeignete Produktwahl und durch effizienten Materialeinsatz so weit wie möglich zu verringern.

Sowohl im Energiekonzept wie auch im Massnahmenplan Klimaschutz wird der Vorbildfunktion der kantonalen Verwaltung eine grosse Bedeutung beigemessen. Entsprechend finden sich verschiedene Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen, welche sich direkt auf den Wirkungsbereich der kantonalen Verwaltung beziehen.

Im Sinne der Vorbildfunktion ist das Netto-Null-Ziel für die kantonale Verwaltung deutlich vor 2050 anzustreben. Ohne jedoch bestehende Anlagen oder Fahrzeuge vor Ablauf ihrer Lebensdauer zu ersetzen, wird eine treibhausgasneutrale Verwaltung bis 2030 nicht möglich sein.

4. Antrag des Regierungsrates

Erheblicherklärung mit folgendem Wortlaut:

Bis 2040 wird die Verwaltung des Kantons Solothurn bezogen auf die direkten Treibhausgasemissionen (Scope 1 und 2) klimaneutral. In dieser Legislatur werden diesbezügliche konkrete Massnahmen geplant und in Angriff genommen. Indirekte Treibhausgasemissionen (Scope 3) sind, so weit möglich und wirtschaftlich tragbar, zu reduzieren.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Bau- und Justizdepartement (br)
Amt für Umwelt
Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Wirtschaft und Arbeit
Aktuariat UMBAWIKO
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat